



MARCHIVUM

MANNHEIMS ARCHIV
HAUS DER STADTGESCHICHTE
UND ERINNERUNG



MARCHIVUM Druckschriften digital

General-Anzeiger der Stadt Mannheim und Umgebung. 1886-1916 1912

103 (2.3.1912) Abendblatt

[urn:nbn:de:bsz:mh40-151481](https://nbn-resolving.org/urn:nbn:de:bsz:mh40-151481)

Abonnement: 70 Pfg. monatlich, Bringerlohn 30 Pfg., durch die Post inkl. Postaufschlag Mk. 3.42 pro Quartal. Einzel-Nr. 5 Pfg.

Inserat: Kolonial-Zeile 30 Pfg. Reklame-Zeile 1.20 Mk.

General-Anzeiger

der Stadt Mannheim und Umgebung

Telegramm-Adresse: „General-Anzeiger Mannheim“

Telephon-Nummern: Direktion und Buchhaltung 1449 Buchdruck-Abteilung..... 341 Redaktion..... 377 Exped. u. Verlagsbuchhlg. 218

Badische Neueste Nachrichten

Täglich 2 Ausgaben (außer Sonntag)

Gelesenste und verbreitetste Zeitung in Mannheim und Umgebung

Eigenes Redaktionsbureau in Berlin

Schluss der Inseraten-Aufnahme für das Mittagsblatt morgens 9 Uhr, für das Abendblatt nachmittags 3 Uhr

Beilagen: Amtliches Verkündigungsblatt für den Amtsbezirk Mannheim; Handels- und Industrie-Zeitung für Südwestdeutschland; Beilage für Literatur und Wissenschaft; Unterhaltungsblatt; Beilage für Land- und Hauswirtschaft; Mannheimer Schachzeitung; Sport-Revue, Wandern und Reisen und Wintersport; Mode-Beilage; Frauen-Blatt.

Nr. 103.

Mannheim, Freitag, 1. März 1912.

(Abendblatt.)

Die innere Politik des Reichstages.

(Von unserer Berliner Redaktion.)

□ Berlin, 29. Februar.

Der heutige zweite Tag der Debatte über den Etat des Reichsamts des Innern war ein Höhepunkt der ganzen bisherigen Staatsberatung. Wassermann führte für die nationalliberale Fraktion das Wort in einer durchaus aufrechten und liberalen Rede. Der Führer der nationalliberalen Partei hat in seinen Ausführungen keinen Zweifel gelassen, daß die Politik seiner Freunde den alten liberalen Kurs beibehalten soll. Es war nötig, daß der Führer der Fraktion nochmals auf die Angriffe des Kanzlers auf die nationalliberale Partei zurückkam und dem Kanzler erklärte, daß seine Schleppe Dienste zugunsten der durch ihre unsoziale Steuerpolitik auf den Grund geratenen Rechten bei dem Liberalismus keine Gegenliebe finden. Wassermann hat der Regierung den Weg vorgezeichnet, wie sie die Gegensätze innerhalb der bürgerlichen Parteien befeitigen kann: sie muß den Fehler der letzten Finanzreform ausmerzen und bei den bevorstehenden Wehrvorlagen für eine sozialgerechte und ausgleichende Deckungsart Sorge tragen. Auch der Reichstag muß dieses Mal mit zu den Ausgaben des Reiches beitragen, oder es wird die Kluft zwischen den bürgerlichen Parteien erweitert und abermals verschärft werden. Das wichtige Verbot des Kanzlers von dem Linksabmarsch der Nationalliberalen hat Wassermann mit vollem Recht energisch zurückgewiesen. Er konnte ja an der Geschichte der Partei, an der Entwicklung der von ihr betriebenen Wirtschaftspolitik leicht nachweisen, daß eher vom Gegenteil, von einer Rechtswendung der Nationalliberalen geredet werden kann. Und ebenso zeigte er an der völlig veränderten Haltung der Volkspartei in Heres- und Kolonialfragen, wie unbegründet die abgedruckten Vorwürfe des Herrn von Bethmann Hollweg seien. Dieser hat besonders auf die Haltung der Nationalliberalen gegenüber der Sozialdemokratie hingewiesen. Wassermann ist frei von der Antipathie gewisser Kreise gegenüber der Sozialdemokratie, er sieht ihr vielmehr fest ins Auge, erfaßt sie als eine aus den Zeitumständen herausgeborene Bewegung und fordert, daß sie als solche auch von den Regierungsgewalten behandelt wird; daß bei einer betriebligen Auffassung der sozialdemokratischen Bewegung für Wassermann kein Raum ist, für Sozialmaßnahmen und Ausnahmeregeln, ist selbstverständlich; man sollte es ihm dank wissen, daß er mit solcher Entschiedenheit die Staatsrechtsgründe der Rechten, die auch dem Kanzler nicht mehr ganz unsympathisch sind, zurückgewiesen und sie als ein frivoles Spiel mit den Interessen des Reiches bezeichnet hat. Gegenüber der negativen Politik der Schatzmacher pflanzte der nationalliberale Parteiführer das Palladium des positiven Kampfes, der sozialen Gesetzgebung auf. Hier wies er die neuen Wege praktischer Arbeit, forderte auch für den Mittelstand wirksame Maßnahmen und sprach für die Frauenbewegung Worte, die nur von den Lippen eines wahrhaft liberal denkenden und empfindenden Menschen fließen können. Die fortgesetzte Zustimmung, die Wassermann während seiner Rede erfuhr, und der stürmische Beifall, der nach seinen Ausführungen einsetzte

und die ganze Linke vereint, haben bewiesen, daß der Führer der liberalen Mittelpartei seine Aufgabe in einem Sinne erfaßt hat, den die Not des Augenblicks erheischt.

An diese Rede knüpfte der Volkspartei-er Doorman an. Auch seine Partei will in der Sozialpolitik einen maßvollen und besonnenen Fortschritt, so wie es Wassermann dargelegt hat. Der Sozialdemokratie spricht er freilich das Verdienst zu, daß sie die Sozialpolitik in Fluß gebracht und schließlich auch die Freisinnigen von ihrer falschen negierenden Haltung weggeführt habe. Der Redner hebt als letzte sozialpolitische Tat die Reichsversicherungsordnung besonders hervor, und wenn er auch manches an ihr auszuheben hat, so macht er doch entschieden gegen die Ausführung Würms Front, daß man hier der Arbeiterchaft ein Einseitigkeit geboten habe. Wie der Führer der Nationalliberalen, so ist auch Doorman entschieden gegen eine Beschränkung der Koalitionsfreiheit, er vertritt aber mit Entschiedenheit den Terrorismus mancher Arbeiterkreise, da er die größte Gefahr für die Koalitionsfreiheit bilde. Die Mittelstandspolitik ist der andere Teil der Doorman'schen Rede.

Eine ausführliche Rede über die Sozialpolitik des Reiches hielt hierauf der Staatssekretär des Innern, Dr. Dellbrück. Er bestritt, daß die Sozialpolitik das Ergebnis der Tätigkeit einer einzigen Partei sei, sprach vielmehr das Verdienst hieran allen Parteien wie auch den verstorbenen Regierungen zu. Wenn nicht mehr erreicht worden sei, so lege die Schuld an der Sozialdemokratie, die auf dem Wege, der zum Erreichbaren führte, verlagte. Von einem Stillstande der Sozialpolitik ist aber keine Rede; der Staatssekretär nennt zum Beweise die Ausdehnung der Krankenversicherung auf die land- und forstwirtschaftlichen Arbeiter, die Hinterbliebenenversicherung und die Regelung der Heimarbeiterfrage. Dr. Dellbrück gibt zu, daß nicht alle dringenden Forderungen durch die Reichsversicherungsordnung erledigt worden sind; eine Forderung, nämlich die Versicherung der Feuertwehrleute, soll durch ein Gesetz nachgeholt werden, dessen Entwurf im kommenden Herbst an den Bundesrat gelangen wird. Die Lösung der Arbeitslosenversicherung weise die Regierung ab; sie soll den Einzelstaaten und den Kommunen vorbehalten bleiben. Ebenso soll das Schicksal der Wohnungsfrage sein, doch erklärt hier der Staatssekretär, daß bei einem dauernden Verlangen der Bundesstaaten die Reichsregierung ihrerseits an die Lösung der Frage herantreten werde. Das Koalitionsrecht hält die Regierung für hinreichend gewährleistet, eine Verschärfung der Strafbestimmungen für Streikvergehen erklärte der Staatssekretär für unnötig.

Anderer Meinung ist der Reichsparteiler Febr. v. Gamp, der erneut den Ruf nach Ausnahmebestimmungen erhob. Von dem „Eigentum“ der bestehenden Massen weiß der Redner nur aus Wahlversammlungen, und Posadowskys Behauptung von dem Bauernlegen der Latifundienbesitzer verweist er gleichfalls ins Reich der Fabel. Zum Schluß verteidigte noch der Zentrumskämpfer Dr. Will die Streichung des kaiserlichen Erntefonds im elfenlohringischen Landtage, wobei er gegen die reichslandische Regierung den Vorwurf erhob, daß sie bei den Wahlen gerade die Sozialdemokraten unterstützt habe.

Hierauf wird die Weiterberatung auf morgen vertagt.

Deutschland und der Islam.

Im nationalliberalen Ortsverband Charlottenburg hielt am 26. Februar der Reichstagsabgeordnete Freiherr von Nischoten einen Vortrag über Deutschlands Kolonial- und Handelspolitik in den Ländern des Islam.

Das für uns wichtigste Land sei die Türkei. Auch hier sei der politische Einfluß in erster Linie maßgebend, um unserem Handel seine achtunggebietende Stellung zu erhalten; der Kaufmann folgt stets der Macht! In der Türkei hat unsere Regierung bisher dauernd unsere Vorteile gewahrt und ständig erhöht; das ist nicht zum wenigsten das Verdienst unseres Konstantinopeler Botschafters von Marschall. Für die Türkei besonders gilt der Satz eines großen englischen Staatsmannes: „Alle Handelspolitik ist Eisenbahnpolitik“. Wer die meisten Bahnen baut, müsse auch den härtesten Einfluß gewinnen. Deshalb sei die anatolische und die Bagdadbahn von einer so ungeheuren Bedeutung für unseren Handel. In Palästina und Syrien, besonders in Beirut, herrsche der französische Einfluß; dagegen sei Arabien noch vollkommen unaufgeschlossen. Am meisten aber kämen für uns Kleinasien und Mesopotamien in Betracht. Ueber die Bagdadbahn müsse ein für Deutschland günstiges Einverständnis mit England erzielt werden; sonst sei eine Verwirklichung mit England ausgeschlossen. Nebenfalls müsse Deutschland zunächst dahin streben, daß nördlich von Bagdad keine andere Macht irgendwelchen Einfluß gewinne. Das könne auch erreicht werden. Dagegen würden die Streitpunkte um den Persischen Golf, der vorläufig völlig unter englischem Einfluß stehe, sehr erheblich bleiben. Das letzte Land, das noch in Betracht komme, sei eben Persien. Nun erwähnte der Redner zunächst den Potsdamer Vertrag, den Deutschland im vorigen Jahre mit Rußland schloß, und ließ es dahingestellt, ob dieser Vertrag für uns günstig sei. Für den Handel mit Persien seien hauptsächlich die Mesopotamien der Bagdadbahn von großer Bedeutung. Eine Verbindung der Bagdadbahn mit Persien stelle den kürzesten Weg nach Indien dar und sei deshalb überaus wertvoll für die Ausbreitung unseres Handels. Leider bestehe unser früherer Einfluß in Persien so gut wie gar nicht mehr. Daß Persien ein sehr reiches Land sei, beweise schon allein die Tatsache, daß Rußland und England einen so heftigen Kampf um dieses Land ausfechten. Mit Kleinasien zusammen sei jedenfalls Persien das hervorragendste Land für die gesamte Handelspolitik Deutschlands. Vor allem müßten wir zusehen, daß wir in den Ländern, wo wir schon politischen Einfluß haben, besonders in Kleinasien und Mesopotamien, diesen auch behalten. Ein starker Handelsverkehr mit weniger kultivierten Völkern sei nur möglich bei starker politischer Macht. Wir müßten überall in diesen Ländern auf völlige Gleichberechtigung dringen. „Denn da“ — so schloß der Redner, dem eine reiche Erfahrung und eine gründliche Kenntnis des Orients zu Gebote steht — „wo wir uns frei bewegen können, wo der Deutsche im freien Wettbewerb mit anderen steht, hat der deutsche Industrielle und der deutsche Kaufmann noch immer alle anderen an dem Felde geschlagen!“

Mehr Festigkeit

in Sachen der Wehrvorlage und der Deckungsfrage fordert die „Magdeburger“ von der Regierung in einem beachtenswerten Artikel:

Wir haben es nur schwer ertragen, daß das letzte Heeresgesetz unter dem Druck des Reichsfeldmarschalls so wenig zu

Genilleton.

Wilhelm Brurein in der Architektur. *)

Von F. Paulsen.

Wirkliche Nachahmung alter Stile ist in der Architektur eine Zeitlang so hoch geschätzt worden, da kein anstrengendes Interesse für die Weiterbildung der architektonischen Ausdrucksmöglichkeiten blieb. Jede Abwendung vom Alten galt Schopenhauer wie Ruskin als erster Schritt zur Verklüchterung. Dabei meinte einer die griechische Architektur der besten Zeit sei „das“ Ideal, der andere dachte an die englische Gotik.

Als der Helweg als solcher erkannt wurde, wandte sich das Blatt, und der Individualismus wurde Ehrensache. Die „persönliche Kultur“ mußte sich in all und jedem zeigen, aber sie wurde doch geschätzt. Ein Raum zu verstehendes ästhetisches Hochstaplerium einige Jahre Mode gewesen und hat diejenigen, die die Mode auszusuchen verstanden, bekannt und reich gemacht. Freilich auch das, was mit dem Schlagwort „Kultur“ zusammengebracht wurde (Kulturwohnungen, Kultur-Korsets) für Jahre blamiert.

Und doch ist der Kampf, die Ueberwindung der Stilnachahmung durch extrem traditionsehrliche Elemente der Grund, aus dem unsere junge Architektur hervorkommt. Wenn wir, wozu Grund vorhanden ist, auf eine gewisse Allgemeinheit der Anschauungen in Sachen der Architektur hoffen dürfen, auf so etwas, was man später vielleicht als Stil bezeichnen wird, so wird man diese beiden

Wurzeln nicht übersehen können. Sie auch in den Werken des einzelnen zu verfolgen, ist schon jetzt möglich.

Wilhelm Brurein hat meines Wissens nie einen streng gotischen oder barocken Bau errichtet, aber die Stimmung, die Baugesinnung weist nicht ganz selten auf bestimmte Zeiten hin. So gemahnen besonders seine Rathhaus-Entwürfe oft an gotische Profanbauten, ohne daß der Formenapparat übernommen wäre. Besonders bei Bauten, wie dem Entwurf zu einem Rathhaus für Bern, liegt eine gotische Tendenz durch, trotz 2. D. Verhörungen, wie sie die Gotik nicht kennt. Verwandten Geist zeigt der Entwurf für Schöneberg wie Rathhaus für Wiesdorf. Hier ist die reiche Gruppierung, die interessante Silhouette von Gebäuden gewählt, die verschiedenen Bauelemente entstammen oder doch zu entstammen pflegen. Aus der Lage des Hauses mag das nötig gewesen sein. Die Unausgeglichenheiten sind wohl auf das Gefährliche des Experiments zurückzuführen.

Wertvoller scheinen mir Arbeiten, wie der Rathhausentwurf für Mühlheim a. d. R. Ganz besonders die Fassade scheint mir ein besonders guter Ausdruck für ein modernes Verwaltungsgebäude zu sein. Ob nicht aber dem Palastcharakter, der ja nun einmal unter Berufung auf die Repräsentationsverpflichtung für behördliche Gebäude verlangt wird, durch die im Verhältnis zu den Fenstern sehr breiten Pfeiler zu weit gehende Konzessionen gemacht sind, bleibt zu bedenken. Die andere zu derselben Aufgabe gehörige Fassade scheint in der Wahl des Sitzungssaales als beherrschendes Motiv der Fassade vielleicht doch glücklicher. Soll schon repräsentiert werden, so ist dazu wohl kein Teil des Rathhaus' geeigneter als der Sitzungssaal. Der allerdings ja wohl fast überall geforderte Turm ist aber für unsere Zeit ein Anachronismus. Dem modernen Architekten bleibt daher nur übrig, ihn als Dekorationsstück zu behandeln, das ganz allein ästhetische Aufgaben zu erfüllen hat. Mit der Beschränkung auf monumentale, aber doch kann praktisch bedingte Funktionen werden für diesen modernen Turm

Möglichkeiten frei, die man in früheren Zeiten nicht in dem Umfang konnte. Von diesen Möglichkeiten hat Brurein Gebrauch gemacht. Seine Türme und Dachreiter erfüllen ihren Zweck als monumentalen Schmuck. Sie sind vielleicht die Bauteile, in denen am wenigsten die Vorbilder nachgewirkt haben.

Über auch sonst überall hat sich Brurein nicht mit der Wiederholung alterer Formen begnügt. Er hat Schwierigkeiten, wie sie in jede Neuerung mit sich bringt, nicht gescheut und damit oft seine Wirkungen erzielt. So ist die Anordnung der bis hoch unter das Dausgelände reichenden Fenster in dem Rathhaus-Entwurf für Langwitz ein Vorschlag, dem die Ausführung zu wünschen wäre.

Ein sehr eigenartiger Entwurf ist der für Darmstadt geplante Bahnhofs. Typische Formen für diese Bauaufgabe haben sich bisher nicht entwickelt. Rücksichtnahme auf gewohnte Formen kommt also nicht in Betracht. Die völlige Freiheit verleiht der Aufgabe besonderen Reiz. Brurein hat die Lösung in einem Rhythmus der Massen gesucht. Das dürfte ihm im allgemeinen gelungen sein. Auch die Durchbrechungen der Wände stehen unter sich und zu den Pfeilern im günstigsten Verhältnis. Die gewaltige Loggia über dem Eingang — an sich ein dankbares Motiv — mit dem schweren Schattens durch den Lichtwechsel der geschlitzten Pfeiler höchst interessant wirken. Es ist allerdings damit zu rechnen, daß im Verhältnis dieser Pfeiler zu dem ausliegenden Gesims noch eine Weiterbildung eingetreten wäre, wenn der Entwurf zur Ausführung gekommen wäre.

Das Innere des für Darmstadt geplanten Bahnhofs zeigt manches Beachtenswerte. Brurein hat für die Empfangshalle ein Sonnengewölbe als Decke gewählt, dem er aber Stützpfeiler eingeseht hat, die in Stein nicht ausführbar sind. Die Wahl derartiger Formen zeigt die stilkundigen Möglichkeiten der neuen Materialien. Sie führt auch die ab abzurufen, die die Kunst auf die bewährtesten Formen festlegen möchten. Noch stärker betont das neue Material (vermutlich Röhrgewölbe) die Halle in dem Ent-

*) Wilhelm Brurein, ein gebürtiger Mannheimer, aber dessen künstlerisches Schaffen wir wiederholt berichtet haben, ist das 11. Kind der Berliner Architekturfamilie, die zugleich die Reproduktionen der der Entwürfe bringt, erwidert und mit Gedächtnis des Verfassers machen wir von obigem Artikel Mitteilung.

länglich aussiel. Nun ist amtlich die Notwendigkeit seiner Ergänzung offen eingestanden worden, alle notwendigen Vorarbeiten sind getroffen, aber die endgültigen Absichten der Regierung sind nun doch wieder in Dunkel gehüllt. Die Notwendigkeit verstärkter Bereitschaft zur See ist gleichfalls allseitig und unbedingt anerkannt worden, aber auch die Flottenvorlage bleibt noch im Verborgenen, und man hat nicht einmal die volle Gewissheit, ob nicht etwa zurzeit noch Bemühungen im Werke sind, um die fertig ausgearbeiteten Flottenvorlagen aufs neue zu verfrachten, bevor sie überhaupt an den Bundesrat kommen, um über die Schwierigkeiten leichter hinwegzukommen, die man bei der Lösung der Deckungsfrage befürchtet!

Auch in Sachen der Deckungsfrage war die Regierung bereits zu festen Klängen gelangt und alles schien bereits spruchreif — da zeigte sich das verneinliche Bild, das der Kanzler plötzlich wieder schwanke und zum Konkretor wurde. Trotz der Drohreden von konservativer und liberaler Seite zögerte der Reichschatzsekretär nicht, auf die Notwendigkeit der Erbschaftsteuer hinzuweisen. Zu derselben Stunde aber, als die Hauptversammlung des Bundes der Landwirte im Berliner Sportpalast fortfuhr in den Kundgebungen gegen die Erbschaftsteuer, trat Herr von Bethmann-Hollweg im Reichstag den Rückzug an und bat, die Kritik der kommenden Steuervorlagen zurückzustellen, da man ja noch gar nicht wisse, was die Regierung vorschlagen werde. In der Tat will es scheinen, als ob er es in diesem Augenblick selbst nicht gewußt habe!

Dieses neue Zaudern und Schwanken muß den allerungünstigsten Eindruck erwecken, und es kann nicht oft und nicht nachdrücklich genug im Interesse des Landes und im eigenen Interesse der Regierung gefordert werden, daß sie nicht länger zögere mit der Einbringung der Wehr- und Deckungsvorlagen im Bundesrat. Erst wenn sie hierdurch Farbe bekannnt hat, werden diese höchst unerquicklichen Erörterungen aufhören können, denen man jetzt in der Presse fortgesetzt begegnet. Es tut uns wahrhaftig bitter not, vor der Welt zu bekunden, daß wir entschlossen sind und daß durch die eigenen Bedürfnisse vorgeschriebenen Bahnen beschreiten wollen, und kann insbesondere auch die angebotenen deutsch-englischen Verhandlungen durchaus nur nachteilig beeinflussen, wenn der Eindruck aufkommt und sich festsetzt, als sei unsere Regierung schwankend geworden in den Fragen des Ausbaues unserer Wehrmacht zu Wasser und zu Lande. Nur eine Regierung, an deren Festigkeit in der Vertretung der deutschen Interessen kein Zweifel obwalten kann, wird in den deutsch-englischen Verhandlungen günstig abzusprechen vermögen. In anderen Fällen drohen sie, uns nicht von einem Alb zu befreien, den man am Ende drüber stärker empfindet als haben, sondern zu einem Unglück für unser Land zu werden.

Wieder hat gerade der Reichschatzsekretär, in dessen Ressort augenblicklich die Hauptschwierigkeiten obwalten, die größte Energie betätigt und dabei die volle Unterstützung des Kanzlers genossen. Jetzt erscheint es notwendig, daß er mit seiner Energie endlich auch einmal den Kanzler persönlich mit hinreichender und diesem unerträglichen Schwanken ein Ende mache. Bitter tut uns eine Regierung mit zielbewusster Energie, ein Aufhören des Zauderns und Schwankens, ein entschlossenes Herausreten mit den Wehr- und Deckungsvorlagen und ihre Vertretung mit unbeirrbarer Festigkeit!

Der italienisch-türkische Krieg.

Die Vermittlung.

Daß Deutschland bereit ist, dem russischen Vermittlungsvorschlag beizutreten, wird auch durch eine Berliner Meldung der „Leipz. N. Nachr.“ bestätigt:

Der modifiziertere russische Vermittlungsvorschlag hat in Berlin ebenso wie in Wien sofort die Billigung der Regierungen erhalten. Auch die Entente-mächte sind ihm beigetreten, so daß jetzt die Gesamtheit der Mächte endlich eine Basis gefunden hat, im Interesse des Friedens zwischen der Türkei und der Italiener tätig zu sein. Deutschland konnte dem Vorschlag unbedenklich beitreten, weil er der Türkei zunächst keinerlei Friedensbedingungen zumuten will, sondern lediglich eine Anfrage sein soll über die Vorstellungen, die man in Rom und dann in Konstantinopel über die Möglichkeit eines Friedensschlusses begt.

Wien, 2. Februar. Die „Neue Freie Presse“ meldet aus Konstantinopel: Unterrichtete Kreise halten den Zeitpunkt einer Vermittlung zwischen Italien und der Türkei für ungunstiger denn je. Die Türkei könne jetzt unmöglich nachgeben, ohne die arabische Bevölkerung herauszufordern.

W. Paris, 1. März. Der Petit Parisien will wissen, daß die fünf Großmächte und zwar die der Triple-Entente angehörigen Staaten, sowie Deutschland und Oesterreich-Ungarn sich geeinigt hätten gleichzeitig in Rom und Konstantinopel zugunsten des Friedens einzutreten. Die Intervention werde jedoch eine genau umschriebene Tragweite haben. Es handelt sich nicht um ein Vermittlungsangebot, sondern um ein Restaurationsgebäude für den Zoologischen Garten in Berlin. Hier ist für die Dekoration eine Parthei des Reliefs gewählt, die mit einer feineren Konstruktion in Widerspruch stände und für die leichte Dede besonders geeignet erscheint.

Ganz modernen Problemen stand Brucini auch bei der Aufgabe gegenüber, für die Firma Corvini ein Fabrikgebäude zu entwerfen. Die Stärke liegt auch hier im Abstoßen der Baumassen. Dagegen kann das Experiment in der Gruppierung der Pfeiler der Seitenschwände wohl nicht ohne Bedenken wegen der Wirkung der Pfeiler betrachtet werden. Ein vollwertiges Urteil über solche Fragen ist wohl allerdings nur dem fertigen Bau gegenüber möglich.

Eigenartig ist die Durchdringung alter Architektur motive mit neuen Geistes bei Brucinis Kirchen. Während der Entwurf für Götlich sich im ganzen an alte Auffassungen anschließt, und nur einzelne persönliche Motive zeigt, dabei auch wohl auf die nicht mit den Formen im einzelnen Vertrauten wie ein altes Werk wirken dürfte, zeigt der Entwurf für Ranfow eigentlich nur noch Reminiszenzen an Altes. Das Ganze aber ist modern im besten Sinne des Wortes. Das Werk ist nicht gar gewaltig, eine mittelgroße Predigtkirche. Der Maßstab ist durch die Größenverhältnisse der Teile heringebracht. Man braucht nur die drei Eingänge der Westfront durch ein großes Portalmotiv zu erfassen, und die Wirkung ist zerstört.

Waren in den genannten Aufgaben die Bestimmungen der Gebäude von hohem Einfluß auf ihre Gestalt, so hat Brucini bei einigen Denkmalsentwürfen allein künstlerische Gesichtspunkte zu berücksichtigen brauchen. Der schon vor einigen Jahren mit Hofmann zusammen entworfene Brunnen für Buenos Aires nimmt das urale Cromlech-Motiv auf. Die sorte Durchdringung der Teile möchte man als lyrische Auffassung des Motivs bezeichnen. Ins Heroische hat Brucini unter Mitarbeit von Hofmann das

bern nur um einen vorbereitenden Schritt. Die fünf Mächte würden sich darauf beschränken, an die italienische und an die türkische Regierung die Anfrage zu richten, unter welchen Bedingungen sie geneigt seien, über einen Friedensschluß zu verhandeln. Man dürfe sich, so meint das Blatt, keinem allzu großem Optimismus hingeben, denn in den letzten Tagen seien die Gegensätze zwischen den Ansprüchen Italiens und der Auffassung der Türkei sehr scharf zutage getreten. Immerhin sei dieser amtliche Schritt, der zum erstenmal seit dem Ausbruch der Feindseligkeiten versucht werde, geeignet, auf die Kriegführenden einen gewissen Eindruck zu machen.

Der Dreibund im Mittelmeer.

In der italienischen Presse dauert die Erörterung über die Mittelmeerfrage fort und der bekannte Marinefachsteller und Abgeordnete di Palma ergreift in der „Rivista nautica“ neuerdings das Wort, um für eine Verständigung zwischen Oesterreich-Ungarn und Italien hinsichtlich der Mittelmeerfrage einzutreten. Di Palma erklärt, daß der Dreibund unter allen Umständen wieder erneuert werde, da die italienische Öffentlichkeit sich nimmere aus der Haltung Frankreichs in der Tripolisfrage überzeugt habe, daß die Interessen Italiens im Dreibund am sichersten geborgen seien. Jedoch bedürfe der Dreibundvertrag eine Ergänzung in dem Sinne, daß sich Oesterreich-Ungarn und Italien über die Ausgestaltung ihrer Kriegsstotten einigen, und zwar einerseits um ihren Rüstungen die Tendenz zu nehmen, als ob sie gegeneinander gerichtet wären und andererseits um ohne überflüssige Ausgaben den gemeinsamen Zweck erreichen zu können: das Gleichgewicht im Mittelmeere gegenüber Frankreich aufrecht zu erhalten. Bei Berücksichtigung der beiderseitigen finanziellen Verhältnisse und der Ausdehnung der beiderseitigen Interessen gelangt di Palma zu dem Schlusse, daß Italien 2/3 und Oesterreich-Ungarn 1/3 der Rüstungen zur See übernehmen müsse, so daß sie im Jahre 1920, den nach dem neuen französischen Flottenprogramme, 22 bis dahin vorhandenen französischen Dreadnoughts zusammen 25, nämlich 15 italienische und 10 österreichische entgegenstellen könnten.

Dieses ist zu bemerken, daß die italienische Presse sich diesen Erörterungen italienischer Marinefachleute gegenüber durchaus sympathisch verhält.

Deutsches Reich.

Verkehrs-Verband und Technikerrecht. Der Staatssekretär des Reichsanwalts des Innern Dr. Delbrück hat den Syndikus des Deutschen Verkehrs-Verbandes Dr. Berner zu einer Besprechung über die Neuordnung des Technikerrechts und die geschiedene Regelung der Konkurrenzklausele nach Berlin geladen. Der Besprechung wohnten vom Reichsanwalt des Innern noch bei der Unterstaatssekretär Richter, Ministerialdirektor Caspar und Geh. Regierungsrat Koch. Es ist zu erwarten, daß dem Reichstage im Herbst ds. J. Gesetzesvorlagen seitens der Regierung zugehen werden.

Der Gouverneur von Logo. Wie der „Koslofer Anz.“ einem Privattelegramm zufolge von ausländischer Seite hört, wird Herzog Adolf Friedrich von Mecklenburg den Gouverneurposten von Logo wahrscheinlich annehmen. Die Entscheidung ist für Anfang Mai zu erwarten.

Badischer Landtag.

Zweite Kammer. — 10. Sitzung.

Karlsruhe, 1. März.

Auf der Tagesordnung der heutigen Sitzung steht neben der Anzeige neuer Eingänge Fortsetzung der Beratung, darnach Spezialberatung über das Budget Gr. Ministeriums des Innern für 1912 und 1913. Abgabenteil 16 und Einnahmeteil 9:

Landwirtschaft

und damit in Verbindung Beschlußfassung über den Antrag der Abg. Schmidt-Breiten und Genossen über die Maul- und Klauenseuche und Antrag der Abg. Benedek und Gen.: Vogelschutz.

Präsident Rohrhoff

eröffnet nach 10 Uhr die Sitzung. Das Haus ist gut besetzt. Am Ministerialminister des Innern Freiherr von Bodmann, Regierungskommissare.

Sekretär Obenwald (Vorsitz. Vp.)

verliest die Eingänge, unter denen sich wieder mehrere Petitionen befinden. Das Haus tritt in die Tagesordnung ein und beginnt mit der

Spezialberatung des Landwirtschaftsbudgets.

Notiz in seinem Entwurf zu einem Bismard-Denkmal für Bingerbrück gesteuert. Der Entwurf nach der öffentlichen Ausstellung, obwohl er keinen Preis erhielt, sehr viel besprochen worden. Wenn aus allgemeinen Gesichtspunkten das Preisgericht die zugrunde liegende Absicht der ganzen Gruppe von Entwürfen für verfehlt hielt, zu der der Brucini-Possewische Entwurf gehört, so ist zu bedauern, daß ein entsprechender Hinweis im Ausschreiben fehlte. So ist diese und so manche andere wertvolle Arbeit vergebens geblieben. Man muß hoffen, daß die Ideen nicht verloren sind, daß die hier angefallenen Künstler an anderer Stelle Gelegenheit finden, ihre Ideen in der Ausführung zur vollen Reize zu bringen.

Den Entwurf zum Bismard-Denkmal zeigt baltische Säulen. Zahlreiche andere historisch entwickelte architektonische Formen werden ebenso frei verwendet. Tragdem findet man bei Brucini nichts, was ihn zum Eklektiker macht. Erinnert gelegentlich ein Gedanke an seinen Lehrer Schmitz, so kann man doch von keinem eigentlichen Zusammenhange reden. Was sie gemein haben, liegt in der Luft, eine gewisse Unausgeglichenheit, Richtungsabfuhrung der Idee. Wie bei Schmitz findet man nicht selten ungelöste Disharmonien, als ob der Zeichner verbiestert werden sollte, das reiflose Aufgaben der gestellten Aufgaben anzuerkennen und sich dann abzuwenden. Bei Brucinis Architekturen geht es einem wie bei so manchem Buch, das man nach der Lektüre nicht berührt zulappt und in den Schrank stellt. Sie geben zu denken, sie reden zum Süden nach anderen Lösungen an.

Ob in der Ausführung mancher Entwurf zu glatterer Gesamtercheinung weiterentwickelt wäre, ist eine müßige Untersuchung. Eine solche formale Vollendung würde nicht nur die unmittelbare Frische beeinträchtigen, sie wäre auch der ganz persönlichen Note zum Raubteil. — Die Beziehungen einzelner Werke eines Künstlers zu alten Werken, ihre Beziehungen untereinander und zu den Werken Gleichzeitiger können fast immer sehr eingehend nachgewiesen werden. Solcher Nachweis hat für das Verständnis auch

Abg. Hansbach (Konf.) spricht bei der Position Landwirtschaftliche Versuchs-Anstalt Augustenburg, bleibt aber auf der Tribüne unverständlich.

Abg. Leiser (Natf.) ergreift bei der Position Saat- und Anstalt Hochburg das Wort und betont die Notwendigkeit der Saat- und Anstalt Hochburg für die Förderung des Futterbaues. Weiter spricht Abg. Gierich (Konf.)

Abg. Leiser (Natf.) führt bei der Position Landwirtschaftliche Winter- und Wanderlehrer u. a. aus: Im Laufe der allgemeinen Beratung ist viel von den Landwirtschaftlichen Winter- und Wanderlehrern die Rede gewesen. Der Besuch hat zugenommen, ist aber immer noch nicht hoch genug. Wenn alle Bauernsöhne am Fachunterricht teilnehmen könnten, so wäre das ein großer Vorteil. So viel ich weiß, ist der Unterrichtsplan seit längerer Zeit nicht mehr geändert worden. Es ist in der praktischen Landwirtschaft durch Einführung neuer Methoden ein ganz erheblicher Fortschritt zu verzeichnen. Jedes Jahr werden neue Bahnen eingeschlagen. Um den Anforderungen gerecht werden zu können, bedarf es einer ganz neuen Ausbildung unserer Landwirte in Fachschulen. In den Landwirtschaftlichen Winter- und Wanderlehrern ist meist nur ein Hauptlehrer tätig. Das ist zu wenig. Im Budget sind zwei Lehrer angefordert.

Nach einigen Ausführungen des Abg. Geppert (Str.) bemerkt

Ministerialrat Arnolds: Eine Revision des Lehrplans ist in Aussicht genommen, dabei darf aber nicht übersehen werden, daß wir den Lehrplan nicht zu sehr belasten dürfen.

Abg. Henninger (Str.) tritt für die Jungvieh-Weiden ein.

Ministerialrat Arnolds verspricht, zur Förderung der Jungvieh-Weiden beizutragen.

Abg. Rödel (Str.) spricht für die Viena-Zucht.

Abg. Leiser (Natf.) für Obstbau und Viena-Zucht.

Abg. Heermann (Natf.):

Ich habe hier eine Ehren- und Dankesspflicht zu erfüllen gegen einen Mann, der seit langen Jahren sich um die Schenkung sehr verdient gemacht hat unter Auswendung großer persönlicher Opfer, Herrn Schulkommissar Hügeler. Die Erfolge, die er erzielt hat, sind derart, daß sie in wissenschaftlichen Kreisen große Beachtung und Anerkennung gefunden haben. Es ist zu begrüßen, daß sich die Regierung an diese Autorität gewandt hat und sich ein Gutachten hat erteilen lassen. Ich meine, dieser Mann hat es verdient, daß man seiner an dieser Stelle dankbar gedenkt und ihm die Anerkennung ausspricht für das, was er mit so großen persönlichen Opfern für das Interesse unseres Landes geleistet hat. (Beifall.)

Abg. Schmidt-Singen (Natf.) schlägt vor, bei der Prämierung von Obstanlagen die Prämien ganz zu zahlen statt 10 M. bei der Anlage und dann 10 M. nach 5 Jahren.

Abg. Hilbert (Natf.) macht Vorschläge bezügl. des Termins der Schonzeit für Schnecken und spricht der Regierung den Dank aus für ihr bewiesenes Wohlwollen.

Abg. Geppert (Str.) spricht für den Obstbau-Verein. Weiter greifen in die Debatte noch ein die Abg. Wittenmann (Str.), Hansbach (Konf.), Hilbert (Natf.), Dr. Schöfer (Str.), worauf das Haus zur Abstimmung der vorliegenden Anträge schreitet. Der 1. Teil des Antrages Schmidt-Breiten und Gen. „bei Ausbruch der Maul- und Klauenseuche über die Zweckmäßigkeit der zu treffenden Sperrmaßnahmen Sachverständige aus den Kreisen der Landwirtschaft und des Handels zu hören“, wird angenommen. Dagegen wird der 2. Teil des Antrages „Mittel zur Verfügung zu stellen, aus denen bedürftigen Viehhältern, die infolge der Maul- und Klauenseuche oder durch die wegen dieser Seuche getroffenen Sperr-Maßregeln erhebliche Verluste erlitten haben, zinslose Darlehen gewährt werden können“ gegen die Stimmen der Konservativen, eines Teiles desentrums und der Fortsch. Vp. abgelehnt. Der Antrag Benedek und Gen. auf Schutz der Zugvögel, die sich im Sommer bei uns aufhalten, im Herbst aber nach südlichen Ländern ziehen, wird einstimmig angenommen.

Damit ist die Beratung des Landwirtschaftsbudgets erledigt. Eine Vertrauensabstimmung für den Präsidenten Rohrhoff.

Abg. Heermann (Natf.): In Nr. 48 des „Fälzer Voten“ in Heidelberg vom 27. Februar ist ein Artikel erschienen mit der Überschrift: „Das badische Großblock-Präsidium“. Dieser Artikel ent-

der heutigen Kunst daselbe Verdienst, das es für die alte hat. Werturteile abzugeben, hat wenig Interesse.

Jenes Zusammenstellen aber, auch nur an den Wert eines Künstlers, zeigt, daß unsere moderne Architektur Fühlung hält mit der vorangegangenen Kunst. Die Tradition ist nicht abgebrochen, auch wir auf das Nachahmen und Uebernehmen alter Formen verzichten. Dieses ist ein Haken an der Oberfläche. Gerade ein tiefes Verständnis der alten Kunst wird davon abhalten, die alten Ausdrucksformen auf neue Aufgaben zu übertragen, auf die das Alte zwangswise aufgepropiert werden kann. Den Kern des Baugedankens zu erfassen, diesen Gedanken mit den Forderungen unserer Zeit in Einklang zu bringen, ist die höhere Aufgabe.

Das ist erst spät erkannt und durchaus nicht allgemein anerkannt. Deshalb muß praktisch durch Bauten und theoretisch mit Worten immer wieder doregen protestiert werden, daß es auch moderne romanische Verwaltungsgebäude oder barocke Bankgebäude oder dergleichen geben könne. Entweder erfüllen solche Bauten ihren Zweck nicht völlig, s. A. nicht in wirtschaftlicher Beziehung, oder sie tragen nur äußerlich nachgeäußte Stilmerkmale. Meistens aber sind beide Zwecke verfehlt: man hat weder einen Ausdruck des Zwecks des Bauwerks noch einen Vertreter des beachtlichsten Stils. Die Erkenntnis des Baugewerks braucht nun durchaus nicht zu dem Entschlus zu führen, ganz auf die Kunstmittel alter Zeiten zu verzichten. Sie kann es. Man kann unter Absehen von allem Gemeinen den Versuch unternehmen, aus dem Nichts heraus, einzig mittels eigener Phantasie, sich Formen zu schaffen. In der ersten Zeit der Abwendung von Stilisimus sind derartige Versuche mit verschiedenem Erfolg unternommen. Doch man aber das Bewußtsein bewahren, die heutigen Anforderungen voll befriedigen und so ohne Abbruch der Tradition im Sinne unserer Zeit schaffen kann, das zeigt ein großer Teil der Architektur unserer Zeit. Daß mit diesem Zurückholten gegen das baltisch Neue wie das klassisch wiederholte Alte ein tiefes Verständnis für Neues wie das Alte verbunden sein

Im Uebrigen werden die Arbeitgeber ihre Auseinandersetzung in der Presse auf das notwendigste Maß beschränken, umso mehr, als das Publikum und die Landtschaft durchaus auf ihrer Seite ist, da sie ebenfalls der Ansicht ist, daß Punkte von so weittragender prinzipieller Bedeutung, wie die, nur als Beispiel herausgegriffenen, tatsächlich nicht akzeptiert werden können.

Stuttgart, 1. März. An dem gegenwärtigen Schneiderstreik, der in Berlin, Hamburg, Mannheim und in 28 weiteren deutschen Städten ausgebrochen ist, ist in Württemberg einstweilen nur Ulm beteiligt. Die Dimensionen, welche der Streik angenommen, sind schon groß, können aber noch wesentlich ausgedehnter werden, da, wie es heißt, eventuell Aussperrung der Gehilfen in den übrigen nicht vom Streik betroffenen Städten erfolgen kann.

Berlin, 1. März. (Von unserem Berliner Bureau.) Der Streik der Herrenschneider ist heute früh ausgebrochen. Die Zahl der Streikenden ist noch nicht bekannt, da der Streik bis jetzt noch nicht allgemein ist. Der Verband der Berliner Gewerbetreibenden, die Herrenschneider halten daran fest, den neuen Tarif nicht anzuerkennen. Es ist aber wahrscheinlich, daß es noch im Laufe der nächsten Tage zu einer Einigung kommt, da die selbständigen Schneidermeister keine Neigung für einen Streik haben, da ihnen dadurch leicht das ganze Saisongeschäft erschwert oder vernichtet werden könnte.

w. Berlin, 1. März. Im ganzen anerkannt von Berliner Schneiderfirmen bisher 25 Geschäfte den neuen Tarifentwurf, jedoch in diesen Betrieben gearbeitet wird.

Badischer Landtag.

Erste Kammer. — 5. Sitzung.

Karlsruhe, 1. März.

Präsident Prinz Max eröffnet um 10 Uhr die Sitzung und führt aus: Durch das Hinscheiden des Großherzogs von Luxemburg ist Se. Königl. Hoheit, zumal aber die Frau Großherzogin in tiefe Trauer versetzt worden. Die Erste Kammer, die stets treuen Anteil nahm an allen freudigen oder betrübenden Ereignissen, die unser Großherzogpaar bewegen, bringt ihn auch heute das tiefe Mitgefühl entgegen. Sie haben sich von Ihren Sitzen erhoben. Ich erkläre darin Ihre Zustimmung Ihrer Kol. Hoheiten das herzlichste Mitgefühl des Hauses persönlich zu übermitteln.

Sekretär Freiherr v. Stöpingen zeigt die neuen Eingänge an, worauf in die Tagesordnung eingetreten wird.

Präsident Dr. Dörner berichtet über das Gesetz betr. die Abänderung der Reichsjustiz. Dieses Gesetz sei den Landständen und zwar zunächst der Ersten Kammer zur Beratung und Zustimmung vorgelegt worden. Die Kammer habe den ihr überwiesenen Entwurf in zwei Sitzungen beraten. Der vorgelegte Gesetzentwurf bewirde abermals eine Veränderung des Gesetzes in zwei Punkten. Während der Beratung der Kammer sei auf Anregung des Justizministeriums auch eine Aenderung des § 3 des Gesetzes beschlossen worden, dahingehend, daß das Amtsgericht für Beurkundungen von Vereinbarungen des Vaters eines unehelichen Kindes mit dem Kinde über dessen Unterhalt und in beschränkter Weise auch für eine Vereinbarung mit der Mutter über deren Ansprüche aus der Verwahrung und der Entbindung für zuständig erklärt wird. Die Kommission stellt den Antrag, die Kammer wolle dem Gesetzentwurf in der beschlossenen Fassung zustimmen.

Der Berichterstatter gab zu den einzelnen Punkten nähere Erläuterungen. Mitten in seinen Darlegungen rückt der Redner mehrere Male und fiel plötzlich um. Er war von einer schweren Ohnmacht befallen. Dem so plötzlich Erkrankten wurde von einigen Mitgliedern des Hauses, darunter auch Prinz Max, Hilfe zuteil. Er wurde aus dem Saale getragen und in das Zimmer des Direktors verbracht. Ärztliche Hilfe war sofort zur Stelle. Der Arzt konstatierte, daß augenblicklich zu einer ernstlichen Furchtung Anlaß nicht gegeben sei.

Nach einer Unterbrechung von 25 Minuten wurde die Sitzung wieder aufgenommen.

Prinz Max: Nachdem dieser bedauernde Zwischenfall erfreulicherweise gut abgelaufen ist, bitte ich den Präsidenten der Kommission für Justiz und Verwaltung den Bericht zu beenden und den Antrag der Kommission zu stellen.

Geheimrat Dr. Lewald: Ich kann mich lediglich auf den Bericht des Berichterstatters beziehen und den Antrag stellen, dem Gesetz zuzustimmen.

Am Regierungstisch ist inzwischen Minister Freiherr von Bobman erschienen, der bisher den Verhandlungen in der Zweiten Kammer angewohnt hat.

Staatsminister Dr. Freiherr von Dusch: Da sich niemand zum Wort gemeldet hat, brauche ich auf die Vorlage nicht einzugehen. Dem Berichterstatter danke ich für seinen ausgezeichneten Bericht. Ich möchte dem Wunsche Ausdruck geben, daß er sich von seinem Anwohlsein rasch erholt und bald wieder hier erscheinen wird.

Das Gesetz wird hierauf einstimmig angenommen.

Stabsrat Koch berichtet im Namen der Kommission für Justiz und Verwaltung über den Gesetzentwurf der Abänderung des Berggesetzes. Zweck der gegenwärtigen Vorlage ist, das badische Gesetz in Einklang zu bringen mit den im Laufe der praktischen Anwendung gemachten praktischen Erfahrungen. Das Gesetz enthält Bestimmungen über die Erweiterung des Bergwerkseigentums, über das Schürfen, über das Nutzen und über die Begrenzung der Bergwerkseigentümer.

Die Kommission gelangte zu dem Antrag, die Kammer wolle den vorliegenden Gesetzentwurf in der festgestellten Fassung der Kommission genehmigen.

Das Gesetz wird ohne Debatte angenommen.

Geheimrat Dr. Bürklin erstattet hierauf Bericht für die Budgetkommission. Für die höheren Schulen sind im Budget des Unterrichtsministeriums 6 690 000 M. angefordert. Die Kommission beantragt, in Uebereinstimmung mit dem Beschluß der 2. Kammer, die Anforderungen zu genehmigen. In der Kommission wurden verschiedene Fragen allgemeiner Art erledigt. So wurde die Frage der Frequenz erörtert. Es hat sich gezeigt, daß besonders die Frequenz der Realanstalten zugenommen hat.

Im anderen Hause wurde der Wunsch auf Schaffung von Internaten geäußert. Die Kommission stellt einem solchen Verlangen ablehnend gegenüber. In der Kommission wurde auch der Antimodernisteneid erörtert. Ich habe keinen Anlaß, darauf einzugehen. Die Kommission hat mit großer Mehrheit den Standpunkt der Regierung gutgeheißen.

Freiherr von Hölzer tritt für die Einführung des englischen Unterrichts an den humanistischen Gymnasien ein. Die Forderung des Verfalls unter den Vätern wird immer größer, die Konkurrenz wird immer härter. Dabei sehen wir, daß die englische Sprache die weiteste Verbreitung hat. Das ist für uns umso beachtenswerter, als auch Deutschland mehr und mehr international wird. Die Einführung der englischen Sprache an den humanistischen Gymnasien als obligatorischer Unterrichtsgegenstand wäre zu erwägen, wenn man die lateinischen Sprachen, vornehmlich griechisch, beibehalten will. Man hat nun nach dieser Seite einen Versuch gemacht mit der Einführung der Reform-Gymnasien mit ihrer Real-Grundstufe.

Freiherr von Hölzer: Als früherer Schüler des Gymnasiums möchte ich auf Griechisch und Lateinisch nicht verzichten. Für mich handelt es sich mehr darum, ob französisch oder englisch.

Freiherr von Stöpingen: Es wurde von der Regierung der Mittelschulen gesprochen. Die Regierung glaubt, daß der Uebertritt einseitig wirken kann, indem der weitere Ausbau der Mittelschulen zurückgehalten wird. Es damit etwas erreicht wird, erscheint mir fraglich. Vielmehr, die die Mittelschule betreffen, sind von dem Verkehren erfüllt, möglichst rasch und bequem einen Erwerb zu bekommen und in den Staatsdiens zu gelangen. Es wollen sich viele nicht mehr dem Handwerk und der Landwirtschaft zuwenden. Man hört oft sagen: mein Sohn soll einmal etwas anderes werden als ein Handwerker oder ein Bauer. Das ist eine Verleumdung der Bedeutung dieser Berufe. (Sehr richtig!) Freiherr von Bürklin hat manches gesagt, das meinem Gefühl entspricht. Es solche Aenderungen möglich sind, muß einer späteren Zeit vorbehalten werden. Die klassische Ausbildung möchte ich aber nicht aufgeben wissen. Es wurde auch die Frage der geistlichen Mittelschullehrer behandelt. Es ist das eine Frage von weittragender Bedeutung. Bei der Stellung der Regierung ist zu befürchten, daß ein früher freischulpölitischer Konflikt entstehen kann. In katholischen Volksteilen hat die Angelegenheit Beunruhigung hervorgerufen.

Oberbürgermeister Dr. Wilczek: Was die vom Vorredner angeführte Frage betrifft, so muß darauf hingewiesen werden, daß die Frage bezüglich der geistlichen Lehrer zwischen der Regierung und den Vertretern der beiden großen Konfessionen in betrieblanger Weise gelöst worden ist. Es ist deshalb auch gar kein Anlaß zu einer Beunruhigung des katholischen Volksteils gegeben. Bezüglich der humanistischen Gymnasien teile ich die Ansicht des Vorredners. Der englische Unterricht wird heute schon in den Gymnasien fakultativ erteilt. Die Fragen mit unserer Mittelschule sind heute in der Schwebe. Wir dürfen uns nicht darüber ärgern, daß wir uns mit diesen Anhalten heute in einem Uebergangsstadium befinden.

Geheimrat Dr. Zschalich äußert sich im allgemeinen über klassische Bildung und betont dabei, daß man das Alterum als Bildungsmittel nicht unterschätzen darf. Es wach zu halten ist ein Bedürfnis. Dabei darf aber auch die Ausbildung in modernen Sprachen besonders im Englischen nicht übersehen werden, damit man auch in die Literatur, die wir in diesen Sprachen besitzen, eindringen kann, um durch unser Kulturbewußtsein auszubauen.

Freiherr von La Roche wünscht eine Statistik für die Berufsverteilung der Abiturienten der Realanstalten. (Schluß folgt.)

Deutscher Reichstag.

Berlin, 1. März.

In der heutigen Sitzung wurden zunächst Rechnungs-sachen erledigt. Zuerst ist es der Sozialdemokrat Roske, der eine Reihe Etatsüberschreitungen rügt. Zugleich beklagt er sich über das unsoziale Verhalten der Reichseisenbahnverwaltung, besonders der Postverwaltung.

Im Gegensatz zu Roske ist Abg. Erzberger (Ztr.) mit dem augenblicklichen Gebaren der Finanzverwaltung zufrieden. Die Etatsüberschreitungen seien im Jahre 1910 am geringsten und um 50 Prozent niedriger als im Vorjahre. Aber es scheint, als ob Erzberger diese Feststellung getroffen, um gegen den Sozialdemokraten Roske zu polemisieren. Sonst entdeckt dieser Abgeordnete in allen Ressorts Etatsüberschreitungen und richtet mit noch schärferen Worten als Roske die heftigsten Angriffe gegen die einzelnen Ressorts.

Schatzsekretär Wermuth und hierauf der württembergische Bundesratsbevollmächtigte Generalmajor v. Gräbenitz wenden sich gegen die einzelnen Beschlüsse der Vorredner. Letzterer tut es mit ziemlichem Humor. Er schiebt die Ueberschreitungen den württembergischen Wandverkosten zu, erklärt aber, daß seine Verwaltung dieses Jahr entsprechend mehr gefordert habe und nun hoffe, daß ihrerseits die Rechnung stimmen würde.

Der Kartoffelzoll. — Der Erlaß von Zollbeträgen.

w. Berlin, 1. März. In der Budgetkommission des Reichstages erklärte auf die Anfrage eines Zentrumsabgeordneten über den Kartoffelzoll Staatssekretär des Reichsschatzamt Wermuth: Das Recht des Bundesrates, aus Willigkeitsgründen Zollbeträge zu erlassen, steht in U. unanfechtbar fest. Es sprechen zur Zeit des Bestehens der Zollvereinigungsverträge überwiegende Gründe der Willigkeit dafür, in einzelnen Fällen Zollbeträge, die nach strengem Recht geschuldet waren, auf gemeinschaftliche Rechnung zu erlassen. So waren die zum Zollverein gehörenden Regierungen in der Lage entsprechend zu beschließen. Unsere jetzige Zollverfassung stellt sich in ihren Grundzügen als eine Fortsetzung des zur Zeit der Zollvereinigungsverträge bestehenden dar. Ich darf auch daran erinnern, daß der letzte Vereinigungsvertrag von 1867 durch den Artikel 40 der Reichsverfassung ausdrücklich erhalten ist. Keinesfalls darf man annehmen, daß die Einrichtungen, die sich in der Zeit vor Gründung des Reiches als notwendig erwiesen haben, seitdem in Wegfall kommen sollen. Geht man hiervon aus, so darf ohne weiteres angenommen werden, daß das, was in den bezeichneten Fällen früher durch Vereinbarung unter den Regierungen bewirkt wurde, jetzt durch die Befugnisse des Bundesrates bewirkt werden muß. Tatsächlich beschließt der Bundesrat in jeder Sitzung einen Erlaß nicht nur von Zoll-, sondern auch von Reichssteuerbeiträgen aus Willigkeitsgründen. Dieses Verfahren dürfte allgemein bekannt sein, ist aber meines Wissens noch niemals beanstandet worden. Insbesondere ist wohl noch nie die Meinung aufgetreten, daß es sich bei derartigen Zollerlassen um Eingriffe des Bundesrates in einen durch die Gesetzgebung festgelegten Schatz der heimischen Produktion handle.

Berlin, 1. März. Die zweite grundsätzliche Frage, mit der sich die Budgetkommission heute beschäftigte, ist der Fall eines Uebertrittes eines hohen Reichsbeamten ins Privatleben. Aus der Mitte der Kommission wurde aus Anlaß dieses Falles angeregt, das Pensionsgesetz dahin zu ändern, daß das gesetzliche Ruhegehalt gar nicht oder nur teilweise beim Uebergang in eine gut bezahlte Privatstellung bezahlt werde. Es liegen zwei Anträge vor, von denen der fortschrittlichen Volkspartei und vom Zentrum, von denen der weitere gehende war. Er wollte die Pension um den Betrag kürzen, um den das neue Gehalt der Privatstellung das bisherige Gehalt übersteigt. Von anderer Seite wurde darauf hingewiesen, daß dieser Antrag unter Umständen eine große Härte bedeuten würde, da schon bei der Bemessung des Beamtengehältes die Rücksicht auf das spätere Ruhegehalt berücksichtigt sei und daß das Gehalt deshalb entsprechend niedriger bemessen wird. Der Antrag wurde deshalb zurückgezogen zu Gunsten einer Resolution des Zentrums, die um eine Novelle zum Beamten- und Offiziersgesetz ersucht, wonach das Einkommen aus einer im Ruhestand erfolgten Privatstellung unter bestimmten Voraussetzungen auf das Ruhegehalt angerechnet werden kann.

Staatssekretär Dr. Delbrück sagt eine Erwägung der Resolution zu, da, allerdings gewisse Uebelheiten nicht zu bestreiten seien. Aber es sei nicht die Befürchtung abzuweisen, daß ein durch Ausnahmeverhältnisse veranlaßter scharfer gesetzlicher Eingriff nach der anderen Seite hin Härten erregen würde. Der Staatssekretär erklärt weiter auf eine nationalliberale An-

regung, daß eine Neuordnung des ganzen komplizierten Betriebes in Aussicht genommen sei.

Die nächste Sitzung der Budgetkommission findet am Dienstag statt. Das Zentrum hat in der Budgetkommission eine Resolution eingebracht, die um einen Ergänzungsetat ersucht für größere Mittel zu Subventionen an Personen, die in der Bekämpfung der Maul- und Klauenseuche tätig sind und zu einer hohen Prämie für den Entdecker des Seuchenerregers und eines Heilmittels.

Berlin, 1. März. Die verstärkte Geschäftsordnungs-kommission des Reichstages trat unter dem Vorsitz des Sozialdemokraten Haase heute zusammen, um sich über den Geschäftsplan zu verständigen. Die Verfassungsanträge (Verantwortlichkeit des Reichskanzlers) werden zunächst nicht in Beratung gezogen werden. Von konservativer Seite wurde angeregt, überhaupt gleich in die Revision der gesamten Geschäftsordnung einzutreten. Hiergegen wurde von der Linken dringend Widerspruch erhoben. Sie verlangte, daß zunächst die brennende Frage, die Angelegenheit der Beschlußfassung bei Initiative- und kleinen Anträgen erledigt werden soll. In der Zwischenzeit soll dann Material für die Revision der Geschäftsordnung angeammelt und nach Erledigung jener brennenden Frage in Angriff genommen werden. Dieser Beschluß wurde gegen die Stimmen der Konservativen gefaßt. Zum Berichterstatter der verstärkten Geschäftsordnungs-kommission wurde der Abg. Gröber (Ztr.) ernannt.

Letzte Nachrichten und Telegramme.

Der Ausstand der englischen Bergarbeiter.

Washington, 1. März. Die britische Regierung hat zwei Dampfer von je 6000 Tonnen Kohlenraum gechartert, um Kohlen von Baltimore für die britische Flotte zu verschiffen.

London, 1. März. Wie der Parlamentskorrespondent des „Times“ meldet, hat die Arbeiterpartei beschlossen, falls die Regierung keinen Gesetzesbeschluß beabsichtigt, selbst eine Bill zur Einführung der Minimallohne einzubringen. Diese Bill werde die Stala der Minimallohne, die der Bergarbeiterverband am 2. Februar beschlossen hat, enthalten. — Die liberalen Zeitungen melden, daß ein Gesetzentwurf über die Minimallohne im Kohlenbergbau ausgearbeitet worden sei und daß die Regierung ihn voranschicklich nächste Woche dem Parlament vorlegen werde.

London, 1. März. Die Ansprache, die der Premierminister Asquith gestern an die Konferenz der Bergarbeiter gehalten hat, wird von den Zeitungen veröffentlicht. Asquith führte aus, Streitigkeiten zwischen Kapital und Arbeit würden in der Regel am besten durch direkte Verhandlungen zwischen den Parteien erledigt. Die Regierung habe sich erst entschlossen, einzugreifen, als die Bemühungen zu keinem Ergebnis führten. Die Kohlenindustrie nehme eine exzeptionelle Stellung im industriellen Leben der Nation ein. Die Regierung würde ihre Pflicht nicht erfüllen, wenn sie nicht alle Schritte unternähme, wenn auch im Gegensatz zu Herkommen und Tradition, um ein vernünftiges Resultat zu Stande zu bringen. Es habe sich gezeigt, daß die Forderung eines Minimums für die Bergarbeiter in der Kohlenindustrie gerechtfertigt sei. Mit der Anerkennung dieses Prinzips sei sehr viel gewonnen.

Der Premierminister wandte sich dann zu der Stala der Minimallohne, die der Bergarbeiterverband am 2. Februar angenommen hat und die für die verschiedenen Industriebezirke verschiedene Sätze enthält. Minister Asquith sagte, wenn die Bergarbeiter ihren Zweck erreichen wollten, und die Regierung Wünsche selbst, daß sie ihren Zweck erreichte, so müsse mit Bezug auf die bestimmten Sätze ein vernünftiger Spielraum für die Diskussion bleiben. Wenn die Regierung die Verantwortung übernehmen solle, so müsse sie in der Lage sein, die Höhe der Sätze in den einzelnen Bezirken mit den Vertretern der Arbeitgeber und der Arbeiter zu verhandeln. Wenn das Prinzip der Minimallohne für das ganze Land nicht durch ein Uebereinkommen durchgesetzt werden könne, so werde es die Regierung mit allen anderen notwendigen Mitteln durchsetzen.

Der Premierminister schloß mit einem Appell an die Arbeitervertreter, sich ihrer großen Verantwortung bewußt zu sein.

Frankfurt a. M., 1. März. Der Finanzherold meldet: Das Kohlenfundat hat beschlossen, Kontingente englischer Kohle nur dann sofort zu liefern, wenn es sich nicht um Lieferungsverträge, sondern um neu eingegangene mehrjährige Lieferungsverträge handelt.

London, 1. März. Ein Beamter des Bergarbeiterverbandes von Südwales erklärte, daß der Streik voraussichtlich gegen Ende der nächsten Woche beendet sein werde und die Verhandlungen ein für die Bergarbeiter günstiges Resultat haben werden.

Gemeindewahlen.

Hodenheim, 1. März. Bei der gestern stattgefundenen Bürgerauswahl in der 2. Klasse auf 3 Jahre wurden gewählt 2 Fortschrittler, 3 Mitglieder des evangel. Männervereins, 2 Sozialdemokraten und 5 Angehörige des Zentrums. Die nationalliberale Liste ging leer aus. Heute und morgen finden die Wahlen für die 1. Klasse statt.

Der deutsche Frauenkongreß.

Berlin, 1. März. (Von unserem Berliner Bureau.) Die Bedeutung der Frauenbewegung für das Verhältnis der Geschlechter bildete den Gegenstand der gestrigen Abendversammlung. Nach Eröffnung der Sitzung beleuchtete Frau Marianne Weber-Deibelberg das Thema als Problem der Ehe. Seit die großen deutschen idealistischen Denker für viele menschlichen Beziehungen dem überlieferten Autoritätsprinzip die Idee der ethischen Autonomie gegenübergestellt haben, sei die Frage, ob auch die Frau als ein zur Selbstbestimmung befähigtes Wesen zu bewerten sei, nicht wieder still geworden. Jede Diskussion um die Gestaltung des Verhältnisses der Geschlechter in wie außer der Ehe, drehe sich lediglich um diese Frage. Die moderne Frau will an Stelle der ehemännlichen Autorität die Idee voller Kameradschaftlichkeit den Gatten zum rechtlichen und ethischen Gestaltungsprinzip der Ehe machen. Als Erziehungsfrage wurde das Thema von Frau Katharina Scheuen erörtert. Den Müttern sei durch die Aufgabe, ihre Söhne zu höheren männlichen Begriffen zu erziehen, eine der höchsten Kulturmissionen anvertraut. Durch die soziale und geistige Hebung der Frau bereite die Frauenbewegung eine Wende

